

## Als die Schweiz versuchte, Jugoslawien zu retten

1983 wurde unter Schweizer Führung in Bern ein Finanzhilfepaket für den sozialistischen Vielvölkerstaat geschnürt. Hat es den Zerfall Jugoslawiens gar begünstigt? Ein Blick zurück.

Thomas Bürgisser  
20.02.2023, 05.30 Uhr

🔊 Hören    📌 Merken    🖨️ Drucken    📄 Teilen

In Bern wird nicht nur Schweizer Politik gemacht, sondern es werden auch internationale Abkommen verhandelt. Berühmt ist die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst von 1886, die auf Veranlassung des Schriftstellers Victor Hugo erarbeitet wurde und bis heute gilt. Auch die Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere von 1979 bleibt eine Pionierleistung zum Schutz der Biodiversität. Kaum noch bekannt ist dagegen das Abkommen, das im Januar 1983 in Bern abgeschlossen wird. Es hat nichts Geringeres zum Ziel, als die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zu retten.

Die Nachhaltigkeitsbilanz dieses Berner Übereinkommens ist zwar deutlich schlechter: Schon ein Jahrzehnt später zerfällt Jugoslawien in einer Kaskade schrecklicher Kriege. Und doch ist die helvetische Vorreiterrolle bei einer der grösseren Finanzhilfaktionen in der Geschichte des Internationalen Währungsfonds (IMF) bedeutsam – und dies in einer Zeit, in der die Schweiz zunehmend «jugoslawisch» wird.

### Titos «Marktwirtschaft»

Der Vielvölkerstaat auf dem Balkan befindet sich vor vierzig Jahren inmitten einer riesigen Wirtschafts- und Finanzkrise. Wegen der sinkenden Nachfrage in den Hauptexportmärkten fehlen Jugoslawien die Mittel, um bei gleichzeitig galoppierender Inflation des Dinar die immensen Auslandsschulden zu bedienen. Mitte Dezember 1982 reichen die Währungsreserven gerade noch aus, um die Importe für die nächsten drei Wochen abzudecken. Die «sozialistische Marktwirtschaft» des charismatischen Langzeitherrschers Tito ist auch eine massive Schuldenwirtschaft gewesen.

Kredite aus dem Westen haben den hohen Lebensstandard in den 1960er und 1970er Jahren mitfinanziert. Jugoslawien ist zwar kommunistisch, tanzt aber seit dem Bruch mit Stalin 1948 nicht mehr nach der Pfeife Moskaus; es öffnet sich den kapitalistischen Weltmärkten und definiert sich gleichzeitig im Verbund mit den Ländern der «Dritten Welt» als «blockfrei». Nach Titos Tod im Mai 1980 beginnt dies alles zu bröckeln.

Auch andere Länder sind von der Rezession betroffen. Anfang 1982 kann das hochverschuldete Polen seine ausstehenden Zinsen nicht mehr begleichen. Im August meldet im Zuge der lateinamerikanischen Schuldenkrise auch Mexiko Zahlungsunfähigkeit an. Wenn jetzt auch noch Jugoslawien in die Insolvenz stürzt, könnte dies das internationale Finanzsystem insgesamt ins Taumeln bringen. Zudem droht eine wieder stärkere Anlehnung Jugoslawiens an die Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten und der IMF sowie die wichtigsten Gläubigerstaaten Jugoslawiens, darunter die Schweiz, schlagen Alarm.

«Zur Verhinderung oder Behebung ernsthafter internationaler Finanz- und Zahlungskrisen» kann der Bundesrat aufgrund eines Bundesbeschlusses über einen grosszügig ausgestatteten Notkredit verfügen. Gemeinsam soll ein Rettungspaket für Jugoslawien geschnürt werden. Im Gegenzug soll der Regierung in Belgrad ein rigider Sparkurs zur Sanierung ihrer Finanzen auferlegt werden.

### Geheimtreffen im «Della Casa»

Berns Sorge um die wirtschaftliche Gesundung Jugoslawiens ist auch im eigenen Interesse. Jugoslawien steht an 15. Stelle der wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die Privatindustrie erzielt dort den viertgrössten Exportüberschuss. Der Bund ist finanziell engagiert, weil er einen Grossteil der Ausfuhren garantiert, und auch die Schweizer Banken sind wichtige Investoren in Jugoslawien. Vor allem aber leben und arbeiten über 60 000 Jugoslawinnen und Jugoslawen in der Schweiz, oft schon seit Jahrzehnten, als Chemikerinnen und Ingenieure, als Pflegefachkräfte, Ärztinnen und Zahnärzte. Dazu kommen jährlich Zehntausende als Saisoniers im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Diese enge Verflechtung macht die Schweiz zu einem zentralen Akteur im jugoslawischen Schuldendrama.

Am Weihnachtsabend 1982 informiert das amerikanische State Departement das eidgenössische Aussendepartement (EDA), die führenden Industrienationen wünschten sich eine schweizerische «Leadership» in der Koordination der «Jugoslawienaktion». Bern wird als Konferenzort festgelegt.

Die Zeit drängt. Für den 6. Januar 1983 beruft Staatssekretär Raymond Probst, der altgediente Handelsdiplomate an der Spitze des EDA, eine Vorkonferenz der 15 wichtigsten Gläubigerstaaten und des IMF ein. Um die «Märkte nicht zu beunruhigen», soll das Treffen geheim bleiben. Noch diskreter ist der Rahmen am 5. Januar, als Probst die Delegierten aus Washington, London und Bonn im engsten Kreis zu einem informellen Diner im Traditionslokal «Della Casa» in der Berner Schauplatzasse lädt.

Im «Delli», wo sich gemeinhin die Politprominenz bei deftigen Berner Gerichten über die Aktualitäten im Bundeshaus austauscht, spürt der versierte Strategie Probst die anstehenden Verhandlungen vor. Die Geheimoperation ist diffizil, weil parallel von diversen Akteuren – Weltbank, Geschäftsbanken, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – substanzielle Beiträge benötigt werden. Der Schlachtplan, den Probst und seine Gäste in der «Schützenstube» schmieden, führt schliesslich an der eigentlichen Berner Konferenz vom 19. Januar 1983 zur Verabschiedung eines Hilfspaketes in der Höhe von umgerechnet 2,5 Milliarden Franken.

### Warnung vor «Balkanisierung»

In höchsten Tönen lobte der jugoslawische Aussenminister Lazar Mojsov den «enormen und effizienten Einsatz der Schweiz in der Kreditangelegenheit» und ihre «mustergültige Rolle eines Freundes in der Not», berichtet der Schweizer Botschafter in Belgrad, Alfred Hohl. Solange die Logik des Kalten Krieges herrscht, bleiben die Schweiz und Jugoslawien eng verbunden. Auch sicherheitspolitisch: Mit Österreich bilden sie <zusammen

fast 400 000 km<sup>2</sup> Riegelstellung in zur Verteidigung vorzüglich geeignetem Terrain», wie es in einem EDA-Papier heisst. Dieser

«kompakte Gürtel» neutraler Staaten stellt einen wichtigen

Stabilitätsfaktor zwischen den

Militärblocken in Ost- und Westeuropa dar. Bezüglich Migration intensiviert sich die Beziehung zwischen der Schweiz und Jugoslawien noch einmal: Die wegen der Wirtschaftskrise hochschnellende Arbeitslosigkeit befördert die Abwanderung. Als im Sommer 1991 der Krieg in Kroatien ausbricht, leben und arbeiten rund 300 000

Jugoslawinnen und Jugoslawen in der Schweiz.

Ob und wie die Berner Übereinkunft von 1983 den Zerfall Jugoslawiens gebremst oder gar begünstigt hat, bleibt umstritten. Eine kritische Zwischenbilanz über die vom IMF aufgezwungene Austeritätspolitik und die «exorbitant anmutenden Garantieforderungen» der

Gläubigerbanken zieht bereits im Sommer 1983 der Schweizer

Botschafter Alfred Hohl. «In den Führungsgremien Jugoslawiens

stimmten sich wachsende Kräfte gegen die «Vergewaltigung», so der

Diplomat. Weitere «Abstriche am Lebensstandard» und die durch

Wirtschaftszwänge abgeforderten «Notschlachtungen heiliger Kühe

(Föderalismus, Selbstverwaltung)» verstärkten die Konflikte zwischen

reichen Republiken im Norden und dem strukturschwachen Süden. Die

grösste Gefahr der jugoslawischen Systemkrise liege schliesslich in einer

«Balkanisierung», so Hohls düstere Prophezeiung: «im

Auseinanderbröckeln des Staatsverbandes».